

Mitteilung des Senats

Die Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen?

Mitteilung des Senats
an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)
vom 25. August 2020

„Die Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen“

Die Fraktion der FDP hat folgende Große Anfrage an den Senat gerichtet:

„Das Bundesland Bremen ist ein wichtiger Standort für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland. Mit Unternehmen wie „ATLAS ELEKTRONIK GmbH“, „Rheinmetall Electronics GmbH“, „Fr. Lürssen Werft GmbH & Co. KG“ oder „Airbus Defence and Space“ (Geschäftsbereich von Airbus SE) sind große Player in Bremen vertreten. Auf Grund ihrer wirtschaftlichen Kraft ist die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für den Standort Bremen von großer Bedeutung. Tausende Arbeitsplätze hängen vor Ort von ihrer Existenz ab.

Die Unternehmen leisten mit ihren Verteidigungsprodukten darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Sicherheit Deutschlands, der Europäischen Union und der NATO-Staaten. Die Bundesrepublik Deutschland ist vital darauf angewiesen, eigene Schlüsseltechnologien und Fähigkeiten im Bereich der Verteidigung vorzuhalten. Die Wichtigkeit für Deutschland, die EU und die NATO jederzeit auf potenzielle Gefahren reagieren zu können, wurde nicht zuletzt durch die Entwicklungen in der Ukraine rund um die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland unterstrichen.

Deutschland ist dabei wie alle NATO-Vertragsländer dazu angehalten, zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung auszugeben. Erstmals hat sich Deutschland unter der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2002 auf dieses Ziel verpflichtet und diese Verpflichtung im Jahre 2014 erneuert. Wie wichtig es ist, dass Deutschland sich diesem Ziel annähert, zeigt der marode Zustand der Bundeswehr. Hier ist der Bund gefragt, mehr in die Sicherheit Deutschlands zu investieren, wovon auch die Bremer Sicherheits- und Verteidigungsindustrie profitieren würde.

Gleichzeitig senken höhere Innovationen in die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands auch die Notwendigkeit von Unternehmen aus dem Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, Rüstungsgüter zu exportieren. Vor diesem Hintergrund sind Exporterfolge auf Auslandsmärkten von zentraler Bedeutung für die Grundauslastung und den Erhalt einer leistungsfähigen deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. In der Vergangenheit ist es dabei häufig zu Kritik an diesen Exporten gekommen, auch weil die Regeln hierfür nicht klar waren und für die Unternehmen häufig auch keine abschließende Rechtssicherheit bestand.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat

1. Welche Bedeutung hat aus Sicht des Senats die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für den Wirtschaftsstandort Bremen?
2. Welche Unternehmen im Land Bremen gehören nach Auffassung des Senats zur Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und welche Unternehmen sind als Zulieferer für die genannte Industrie wichtig?
3. Wie viele Arbeitsplätze hängen in Bremen direkt und indirekt von der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft ab?
4. Wie viel Umsatz wird in Bremen direkt und indirekt von der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft erwirtschaftet?
5. Welcher Anteil am Gesamtumsatz der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland wird in Bremen erwirtschaftet und wie hoch ist der bremische Anteil an den Gesamtarbeitsplätzen in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland?
6. Welche Bedeutung hat das „Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland“ vom 8. Juli 2015 für den Standort Bremen und inwieweit haben sich die in dem Strategiepapier beschriebenen Maßnahmen (beispielsweise die Konsolidierung der deutschen und europäischen Verteidigungsindustrie oder die Festlegung von nationalen, verteidigungsindustriellen Schlüsseltechnologien) bereits auf den Standort Bremen ausgewirkt?
7. Welche für die Sicherheit Deutschlands wichtigen Projekte der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie werden am Standort Bremen entwickelt oder produziert?
8. Inwieweit ist der Standort Bremen nach Meinung des Senats wichtig, um die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr im Hinblick auf die Landes- und Bündnisverteidigung sowie die Verteidigung von Frieden und Freiheit zu erhalten?
9. Inwieweit fördert Bremen die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie am Standort Bremen?
10. Welche Mittel fließen am Standort Bremen in welchem Umfang in die Forschung und Entwicklung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie?
11. An welchen öffentlichen Hochschulen im Land Bremen wurden in den vergangenen fünf Jahren welche Projekte mit welchem Volumen im Auftrag der Unternehmen der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie und des Bundesministeriums der Verteidigung durchgeführt?
12. Wie begleitet das Landesamt für Verfassungsschutz die Unternehmen der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie, insbesondere um Spionage durch auswärtige Staaten zu verhindern, und wie wird eine Kooperation mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz bzw. mit dem Militärischen Abschirmdienst sichergestellt?
13. Inwieweit setzt sich der Senat für klarere Regeln und mehr Rechtssicherheit bei dem Export von Gütern der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie ein?“

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Im „Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ von Februar 2020 beschreibt die Bundesregierung die Branche als die Gesamtheit aller Unternehmen, die Produkte, Technologien und technische Dienstleistungen zum Zwecke

der zivilen Sicherheit und der militärischen Nutzung entwickeln oder produzieren und hierdurch einen Großteil ihres Umsatzes erzielen. Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stellt damit eine Querschnittsbranche dar. In den amtlichen Statistiken finden sich keine umfassenden Ergebnisse hierzu. Es gibt statistische Erhebungen für Teilbereiche der Branche, deren Ergebnisse jedoch der Geheimhaltung unterliegen. Die Produktion der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie findet in verschiedenen Wirtschaftszweigen statt und häufig treten in dem Bereich Unternehmen mit ziviler bzw. militärischer Produktion nebeneinander auf.

Ein Großteil der Fragen der vorliegenden Großen Anfrage beziehen sich auf unternehmensspezifische Daten wie Beschäftigtenzahl, Umsatz oder F&E-Ausgaben, zu denen der Senat über keine aussagekräftigen Informationen verfügt. Dem Senat liegt keine gesonderte Branchenerhebung zu dem Wirtschaftsbereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen und Deutschland vor.

Die in der großen Anfrage erwähnten Unternehmen beschäftigen mehrere Tausend hochqualifizierte Mitarbeiter*innen und sind wichtige Partner und Arbeitgeber im Land Bremen. Dazu kommen weitere über Tausend qualifizierte Arbeitsplätze bei den Zuliefererunternehmen in Bremen und der Region. Grundsätzlich werden diese Unternehmen u.a. im Rahmen der Clusteraktivitäten des Landes, vor allem im Bereich Luft- und Raumfahrt und maritime Wirtschaft und Logistik, industrie- und wirtschaftspolitisch begleitet. Das Land Bremen unterstützt die Unternehmen bei ihrer strategischen Weiterentwicklung zu führenden Systemhäusern, z.B. im Bereich der zivilen maritimen Sicherheitstechnik. Darüber hinaus unterstützt das Land die Vernetzung im Bereich des Wissens- und Technologietransfers und baut den Schwerpunkt der maritimen Sicherheitsforschung aktuell weiter aus.

- 1. Welche Bedeutung hat aus Sicht des Senats die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für den Wirtschaftsstandort Bremen?**
- 2. Welche Unternehmen im Land Bremen gehören nach Auffassung des Senats zur Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und welche Unternehmen sind als Zulieferer für die genannte Industrie wichtig?**
- 3. Wie viele Arbeitsplätze hängen in Bremen direkt und indirekt von der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft ab?**
- 4. Wie viel Umsatz wird in Bremen direkt und indirekt von der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft erwirtschaftet?**
- 5. Welcher Anteil am Gesamtumsatz der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland wird in Bremen erwirtschaftet und wie hoch ist der bremische Anteil an den Gesamtarbeitsplätzen in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland?**

Die Fragen 1. bis 5. werden durch die Vorbemerkung beantwortet. Nach Kenntnis des Senats gibt es derzeit keine umfassende und systematische Branchenerhebung zu der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland.

- 6. Welche Bedeutung hat das „Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland“ vom 8. Juli 2015 für den Standort Bremen und inwieweit haben sich die in dem Strategiepapier beschriebenen Maßnahmen (beispielsweise die Konsolidierung der deutschen und europäischen Verteidigungsindustrie oder die Festlegung von nationalen, verteidigungsindustriellen Schlüsseltechnologien) bereits auf den Standort Bremen ausgewirkt?**

Das o.g. Papier der Bundesregierung betrachtet erstmalig die Bereiche der zivilen Sicherheitsindustrie und der Verteidigungsindustrie zusammen. Der Senat konzentriert sich in

seiner Wirtschafts- und Industriepolitik auf Aktivitäten und Maßnahmen für Unternehmen im Bereich der zivilen Sicherheitsindustrie. Vor diesem Hintergrund sind die von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen zur Stärkung dieser hoch innovativen und wettbewerbsfähigen Teilbranche grundsätzlich zu begrüßen.

7. Welche für die Sicherheit Deutschlands wichtigen Projekte der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie werden am Standort Bremen entwickelt oder produziert?

Themen und Projekte, die die Sicherheit Deutschlands betreffen, werden vom Bund beauftragt und gesteuert. Dazu liegen dem Senat keine gesonderten Informationen vor.

8. Inwieweit ist der Standort Bremen nach Meinung des Senats wichtig, um die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr im Hinblick auf die Landes- und Bündnisverteidigung sowie die Verteidigung von Frieden und Freiheit zu erhalten?

Fragen zum Erhalt der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr und in Bezug auf die Landes- und Bündnisverteidigung betreffen die Kompetenzen des Bundes und können vom Senat nicht beantwortet werden.

9. Inwieweit fördert Bremen die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie am Standort Bremen?

Der Fokus des bremischen Senats liegt auf Fördermaßnahmen, die die zivilen Produktionsbereiche der Unternehmen stärken. Der Senat befürwortet die finanzielle Unterstützung von Maßnahmen v.a. im Bereich der zivilen Sicherheitstechnik, die u.a. die Bereiche Verkehr / Logistik, z.B. die Schiffs- und Container-Sicherheit, den Küsten- und Umweltschutz sowie die Krisenprävention und -bewältigung im Zuge extremer Naturereignisse betreffen.

Der Senat schließt seit längerem die landesseitige Förderung von wehrtechnischen Aktivitäten bremischer Unternehmen aus. Dabei ist er sich der generellen, durch ihn nicht beeinflussbaren, so genannten Dual-Use-Problematik bewusst.

10. Welche Mittel fließen am Standort Bremen in welchem Umfang in die Forschung und Entwicklung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie?

Siehe Vorbemerkung und zudem wegen des engen Sachzusammenhangs die Antwort zu Frage 11.

11. An welchen öffentlichen Hochschulen im Land Bremen wurden in den vergangenen fünf Jahren welche Projekte mit welchem Volumen im Auftrag der Unternehmen der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie und des Bundesministeriums der Verteidigung durchgeführt?

Die Universität Bremen hat dazu 3 Projekte benannt:

Projekt 1 ist ein großes EU-Verbundprojekt, an dem u. a. die Universität Bremen und Airbus Defense & Space beteiligt waren.

- Gesamte Projektsumme: 2.9 Mio. €
- Anteil Uni Bremen: rd. 280.000 €
- Ein fachlicher Zusammenhang zur Sicherheits- und Verteidigungsindustrie wird allerdings eher nicht gesehen, da das auf die Uni entfallende Projekt ausschließlich mit CO₂-Messungen in der Atmosphäre befasst war.

Projekt 2 beinhaltet eine Zusammenarbeit mit Airbus Operations GmbH mit einem Projektvolumen von 20.000 €. Inhalt:

- Entwicklung einer Testumgebung, um Systemkomponenten zur Reduktion von Lärm und Treibstoffverbrauch in virtueller Umgebung testen zu können.
- Die Uni geht hierbei von einem Nutzen für die zivile Luftfahrt aus.

Projekt 3 beinhaltet eine Machbarkeitsstudie. Der Projektinhalt bezog sich auf Flüssigkeitstransport in der Schwerelosigkeit. Die Projektsumme betrug rund 25 000,- €. Projektpartner war Airbus Defence & Space.

Von der Hochschule Bremen wurde ein Dual-Use-Projekt genannt, das mit Airbus Defence & Space durchgeführt wurde, und zwar im Zeitraum von September 2016 bis August 2018. Der Projekttitle lautete ELWIT. Inhaltlich beschäftigte sich das Projekt mit Flugzeugflügel-Beschichtungen. Der Auftragswert betrug 324 000,- € netto. Das Projekt ist auch in der Forschungsdatenbank der Hochschule Bremen nach § 75 Absatz 6 BremHG eingetragen.

Die Hochschule Bremerhaven hat einen zivilen Auftrag von Airbus Defence & Space im Rahmen eines ESA-Raumfahrt-Projekts genannt. Bei dem Auftrag handelt es sich um einen Baustein im Rahmen eines größeren Entwicklungsprogramms für eine neue Raumfähre, betreffend technologische Entwicklung und Lieferung von Hardware, Software und Dokumentation. Das Auftragsvolumen betrug insgesamt 250 000,- € bei einer Gesamtlaufzeit vom 1.1.15 bis 31.10.19.

Die Hochschule für Künste hat - wenig überraschend - keine gemeinsamen Projekte mit oder Aufträge von Unternehmen der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie und des Bundesministeriums der Verteidigung durchgeführt.

12. Wie begleitet das Landesamt für Verfassungsschutz die Unternehmen der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie, insbesondere um Spionage durch auswärtige Staaten zu verhindern, und wie wird eine Kooperation mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz bzw. mit dem Militärischen Abschirmdienst sichergestellt?

Die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie wird in Fragen des Geheimschutzes vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie betreut. Die erforderlichen sicherheitstechnischen Überprüfungen erfolgen im Rahmen der Mitwirkungsaufgaben durch das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Daneben werden die geheimschutzbetreuten Unternehmen in regelmäßigen Abständen vom Landesamt für Verfassungsschutz Bremen (LfV) kontaktiert und durch einen Mitarbeiter persönlich aufgesucht. Bei diesen Sensibilisierungsgesprächen werden die Unternehmen auf aktuelle nachrichtendienstliche Entwicklungen und Vorgehensweisen fremder Mächte hingewiesen. Hierbei werden sowohl die Bereiche der klassischen Spionage, wie auch Fragen der Proliferation und Cyberabwehr thematisiert. Diese Gespräche werden in enger Abstimmung mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und gegebenenfalls auch zusammen mit weiteren Landesämtern für Verfassungsschutz durchgeführt.

Zwischen den Verfassungsschutzbehörden und dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) besteht ein regelmäßiger Informationsaustausch, an dem auch das LfV beteiligt ist. Hierzu gehören sowohl der bundesweite Austausch der Erkenntnisse, etwa durch gemeinsame Arbeitstreffen unter Beteiligung des BfV, wie auch der unmittelbare Kontakt des LfV zum MAD.

13. Inwieweit setzt sich der Senat für klarere Regeln und mehr Rechtssicherheit bei dem Export von Gütern der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie ein?

Entscheidungen zum Export von Gütern der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie werden ausschließlich durch den Bundessicherheitsrat, in dem die Bundesländer nicht vertreten sind, getroffen. Die Außen- und Sicherheitspolitik liegt ausschließlich in der Regelungskompetenz des Bundes, weshalb es auch keine Befassung des Bundesrates in diesen Angelegenheiten gibt. Der Bundestag wird im Nachhinein über die Entscheidungen des Bundessicherheitsrates informiert.

Beschlussempfehlung: